

# NRW noch sicherer machen

## VORWORT

Die Innere Sicherheit unseres Landes ist essenziell für eine funktionierende Gesellschaft. Sie ist ein wesentlicher Faktor für das Wohlbefinden der Bevölkerung sowie die persönliche, gesamtgesellschaftliche und staatliche Sicherheit vor Kriminalität, Terrorismus und ähnlichen Bedrohungen. In Nordrhein-Westfalen hat dieses Thema in den letzten Jahren mit der von CDU und FDP geführten Landesregierung an Bedeutung gewonnen. Dies zeigt sich auch an der kontinuierlichen Steigerung des Ausgabenvolumens von 5,3 Mrd. Euro in 2017 auf 6,4 Mrd. Euro im Jahr 2021. Mit der finanziellen Stärkung ging auch eine personelle Stärkung einher, etwa durch die Schaffung neuer Stellen in der Justiz sowie neuer Polizeiverwaltungsassistenten- und Kommissaranwärterstellen. Außerdem sorgte das Innenministerium unter Führung von Herbert Reul für eine deutliche Verbesserung der Ausstattung und des Schutzes der Polizisten im Dienst: Die Anschaffung von zusätzlichen Schutzhelmen, Schutzwesten, Bodycams und optimierter, größerer Einsatzfahrzeuge, Distanz-Elektroimpulsgeräte und auch die Anschaffung von über 30.000 Smartphones für die Beamten im Einsatz sorgte dafür, dass die Polizisten endlich die Ausrüstung erhielten, die sie für den täglichen Einsatz auf den Straßen von NRW so dringend benötigen. Der Entwicklung, dass Polizisten und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden, aber auch andere Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz physisch oder psychisch angegangen und attackiert werden, wollen wir entschieden entgegentreten.

Zudem bekämpft das Innenministerium entschlossen die Clankriminalität im gesamten Land. Durch die „Strategie der 1000 Nadelstiche“ in Form von gezielten Kontrollen und Razzien wurden seit 2018 in mehr als 1.700 Aktionen mehr als 4.300 Objekte überprüft und dabei 25.000 Verstöße registriert und über 4.600 Gegenstände beschlagnahmt. Von besonderer Bedeutung ist auch das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden im Bereich von (sexualisierter) Gewalt gegen Kinder und die Abbildung davon. Die bekannten Fälle und Zahlen erschüttern unsere Gesellschaft bis ins Mark. Dass die Landesregierung diesen Straftaten, die zulasten der Kleinsten in unserem Land gehen und die häufig durch gut vernetzte Kriminellen-Netzwerke begünstigt werden, mit einer erfolgreich arbeitenden Task-Force den Kampf angesagt hat, ist vorbildhaft für ganz Deutschland. Dies alles führt zu einer spürbaren Steigerung des Sicherheitsgefühls in NRW, welches sich auch empirisch

belegen lässt. So ist die Anzahl der Straftaten seit Jahren rückläufig und sank im Jahr 2020 auf den niedrigsten Wert seit 30 Jahren.

Dennoch steht die Innere Sicherheit in NRW trotz aller Erfolge unter dem Innenminister Herbert Reul vor immer neuen Herausforderungen in verschiedenen Themenbereichen. So hat nicht zuletzt der Cyberangriff auf die Stadt Witten gezeigt, dass die IT-Sicherheit in NRW dringend ausgebaut werden muss. Zudem bedarf es auf verschiedenen Ebenen einer längst überfälligen, besseren Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden miteinander. Ebenso hat uns die Flutkatastrophe 2021 auf dramatische Art und Weise vor Augen geführt, dass der Katastrophenschutz enger mit der Zivilbevölkerung koordiniert werden muss. Zur Sicherung der freiheitlich demokratischen Grundordnung bedarf es der weiteren Stärkung der Extremismusbekämpfung auf allen Ebenen.

## **I. IT-SICHERHEIT IN NRW STÄRKEN**

Informationssicherheit ist eine zentrale Herausforderung für das Land und die Kommunen in NRW. Das zeigen die in letzter Zeit immer häufiger stattfindenden Angriffe auf die IT-Infrastruktur. Alleine vom Jahr 2020 auf das Jahr 2021 haben sich die Angriffe laut Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) von 7 Mio. auf 14,8 Mio. mehr als verdoppelt. Im Fokus muss hierbei der Schutz kritischer Infrastruktur und der Daten der Bürger und von Unternehmen stehen.

Im Herbst 2021 war die Stadt Witten im Ruhrgebiet von einem solchen Angriff betroffen. Über Wochen und Monate war die Stadt in einem erheblichen Umfang in ihren Dienstleistungen eingeschränkt. Diese Attacke zeigt, die Gefahren eines solchen Angriffs auf und dass sie jede Kommune treffen kann. Land, Kommunen und Kreise müssen sich gemeinsam darauf vorbereiten. Die Frage der IT-Sicherheit darf nicht von Einwohnerzahlen oder dem Umfang des Haushaltsvolumens einer Kommune oder eines Kreises abhängen. Denn je kleiner die Verwaltungseinheit ist, desto weniger Personal steht in Form von Spezialisten für die Serversysteme zur Verfügung und umso mehr Generalisten kümmern sich um diese Systeme. Eine Stadt mit 30.000 Einwohnern hat allerdings nicht ein Drittel der Aufgaben im Bereich der IT-Sicherheit im Vergleich zu einer 90.000-Einwohner-Stadt, sondern benutzt vielfach die gleichen Systeme, häufig verbunden mit den gleichen Aufgaben – nur mit weniger Personal. Darüber hinaus setzen wir uns für eine erweiternde Fortbildungsmaßnahme aller Verwaltungsmitarbeiter in kommunalen Behörden ein.

Für kritische Infrastruktur (KRITIS), zu der Verwaltungseinheiten zählen, gelten bereits besondere Standards des BSI. Ebenfalls wird für IT-Katastrophenfälle Personal bei den sechs größten Kriminalhauptstellen (§ 4-Behörden) vorgehalten. Es ist zu überprüfen, ob diese Ressourcen ausreichend sind – besonders vor dem Hintergrund stetig ansteigender Angriffszahlen. Die Standards für die kritischen Infrastrukturen sind allerdings so komplex, dass diese von einer normalen Kommune finanziell kaum geleistet werden können. Deswegen haben bislang erst sehr wenige Kommunen und Kreise in NRW den BSI-200-Standard zum Aufbau eines soliden Informationssicherheitsmanagements, also einen IT-Sicherheits-TÜV, umgesetzt. Dabei gehört die öffentliche Verwaltung zur kritischen Infrastruktur eines Staates. Die Junge Union NRW setzt sich dafür ein, der IT-Sicherheit einen anderen Stellenwert einzuräumen und ab sofort die Informationssicherheit der kommunalen und landeseigenen Verwaltungen als pflichtige Aufgabe nach Weisung zu definieren. Mehrinvestitionen für IT-Sicherheit müssen auf allen Verwaltungsebenen eine hohe Priorität bekommen und das Land darf Kommunen und Kreise dabei nicht allein lassen.

Die Prävention von Cyberangriffen ist eine zentrale Aufgabe. Das wird besonders deutlich, wenn man sich die finanziellen Konsequenzen eines Angriffes vor Augen führt. Die Junge Union NRW setzt sich dafür ein, dass das CERT (Computer Emergency Response Team) deutlich gestärkt wird. Wir begrüßen sehr, dass in NRW Anfang 2022 auf Anregung von CDU und FDP ein Kommunaler Warn- und Informationsdienst (KWID) eingeführt wurde, der die Kommunen im Bereich der IT-Sicherheit unterstützt und beim CERT angesiedelt ist. Die Stärkung der Sicherheit der IT-Infrastruktur und die Unterstützung im Falle eines Angriffes müssen in den kommenden Jahren im Fokus stehen. Außerdem sollten den Kommunen perspektivisch zentral entwickelte IT-Lösungen zur Verfügung gestellt werden, um Kompetenzen zu bündeln und Interoperabilität zwischen den Kommunen zu gewährleisten.

Ein weiteres Problem für alle Behörden ist es, ausreichend Personal für diesen Bereich zu finden. Das liegt besonders an dem Gehaltsgefälle zwischen der Verwaltung und der freien Wirtschaft. Deswegen soll geprüft werden, ob ein CERT sowie verschiedene Unterstützungsangebote für die Behörden in NRW unter dem Dach einer Digitalisierungsagentur zusammengefasst werden können. Dadurch können nützliche Synergieeffekte entstehen. Darüber hinaus müssen Wege gefunden werden, die große Lücke der Gehälter zwischen Markt und Verwaltung zu schließen.

## **WIR FORDERN:**

- 1. Höhere Priorisierung der IT-Sicherheit für Kommunen und Kreise – unabhängig von der Größe**
- 2. Ab sofort die Informationssicherheit als pflichtige Aufgabe nach Weisung der öffentlichen Verwaltungen zu definieren**
- 3. Ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen für eine gute personelle und strukturelle Ausstattung zum Schutz vor IT-Angriffen**

## **II. KOOPERATIONS- UND FORTBILDUNGSVEREINBARUNGEN DER SICHERHEITSBEHÖRDEN IN NRW**

Die Landesregierung hat in Regierungsverantwortung die Einsatzfähigkeit ihrer Sicherheitsbehörden priorisiert und intensiv in den Personal- und Sachhaushalt der Polizei NRW und des LKA NRW investiert. Das ist ein klares Bekenntnis für mehr Innere Sicherheit und Wertschätzung für unsere Sicherheitsbehörden. Durch die bisher umfangreichste Einstellungsoffensive sind die Weichen für eine zukünftig gut aufgestellte Polizei NRW gestellt. Darüber hinaus hat der Innenminister die Zusammenarbeit unterschiedlichster Sicherheitsbehörden vorangetrieben.

Auch für die Junge Union Nordrhein-Westfalen steht zweifelsfrei fest:

Die Polizei NRW, die kommunalen Ordnungsbehörden und die Bundespolizei sind ein unverzichtbares Fundament in der Sicherheitsstruktur Nordrhein-Westfalens. Ein enger Austausch der Behörden und die Nutzung von Synergieeffekten in den unterschiedlichen Zuständigkeiten sollte zukünftig der angestrebte Ist-Zustand sein.

Insbesondere an den Wochenenden sind die Anforderungen an die Sicherheitsbehörden eine besondere Herausforderung, vor allem bei noch zu knapper Personaldecke. Durch Ordnungspartnerschaften können nicht nur der stetig wachsende Personalbedarf abgemildert, sondern auch allumfassend die rechtlichen Zuständigkeitsbereiche abgedeckt werden. Dies gilt speziell in den Ballungsräumen, etwa in Form von gemeinsamen Streifen, räumlicher Zusammenarbeit sowie gemeinsamen Aus- und Fortbildungskonzepten. Besonders die kommunalen Ordnungsbehörden erfahren so eine Entlastung im eigenen Zuständigkeitsbereich. Durch landeseinheitliche Ausbildungskonzepte bei den kommunalen Ordnungsbehörden, sowie gemeinsame Fortbildungskonzepte aller involvierten Behörden, können die Einsatzkräfte adressatengerecht und zielführend auf den

Einsatzanlass vorbereitet werden. Auch die kommunalen Ordnungsbehörden und die Feuerwehren tragen mit zur Sicherheit unseres Landes bei. Um auch diese Ebene politisch zu berücksichtigen, kann die Einrichtung eines Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Feuerwehr sinnvoll sein. Ein solcher Ausschuss hat sich auf kommunaler Ebene bewährt.

Durch die Nutzung der vorliegenden Synergieeffekte in der internen Personalwirtschaft werden wieder ureigene Präventionsaufgaben realisierbar. So können beispielsweise Bezirksbeamte wieder vermehrt Präventionsprogramme an Schulen durchführen und die Ballungsräume in Spitzenzeiten mit zusätzlichen Beamten bestreift werden.

Prävention muss der höchst formulierte Anspruch für die Sicherheitsbehörden sein. Um diesem Anspruch auch gerecht zu werden, müssen wir zwangsläufig mit klugen Konzepten alle Zuständigkeitsbereiche mit einem effizienten Personalverteilungsschlüssel abdecken. Es gab und gibt bereits Einsatzabschnitte und Anlässe in Nordrhein-Westfalen, in denen durch eine enge Kooperation der Sicherheitsbehörden mit geringeren individuellen Personalverteilungsschlüsseln ein Mehr an Sicherheit und folglich auch an Effizienz erreicht wird. Diese Erfahrungen sollen zu einer weiteren praktischen Umsetzung führen und eine echte sicherheitspolitische Erfolgsgeschichte in NRW vervollständigen.

#### **WIR FORDERN:**

- 1. Räumliche Zusammenarbeit zwischen Polizei NRW, Bundespolizei und kommunaler Ordnungsbehörden zu verbessern**
- 2. Mehr gemeinsamer Streifendienst**
- 3. Gemeinsame Aus- und Fortbildungskonzepte**
- 4. Gemeinsame Sachausstattung, ausgenommen individuell vorgeschriebene Führungs- und Einsatzmittel**

### **III. KATASTROPHENMANAGEMENT BESSER KOORDINIEREN**

Die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern hat uns auf leidvolle Art und Weise vor Augen geführt, dass der aktuelle Katastrophenschutz in Deutschland in vielen Punkten verbesserungswürdig ist. Der aktuelle Katastrophenschutz muss bundesweit einer detaillierten Stärken-Schwächen-Analyse unterzogen werden, um die zwingend notwendigen Verbesserungen zu erreichen und die

Wiederholung einer solch dramatischen Katastrophe zu verhindern. Der kürzlich veröffentlichte wegweisende Abschlussbericht des von Herbert Reul gebildeten Kompetenzteams ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Um die Ziele zu erreichen, müssen alle Organisationen des Katastrophenschutzes zukünftig besser miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten und mit den Kommunen als Träger der örtlichen Leitstellen Konzepte zur besseren Koordinierung entwickelt werden. Darüber hinaus müssen die Abläufe des Katastrophenschutzes in NRW schneller werden. Dies umfasst auch eine Anpassung der Strukturen sowie die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel in Bund und Ländern zur personellen und technischen Stärkung. Hiermit wird eine bessere Koordinierung der staatlichen Hilfsleistungen und privater Hilfsangebote einhergehen. Deutschland und speziell Nordrhein-Westfalen kann sich seiner vielen ehrenamtlich tätigen Helfer dankbar schätzen und sollte dieses Ehrenamt auch zwingend weiter stärken. Gleichzeitig ist im Ernstfall aber auch eine bessere Koordinierung mit den staatlichen Hilfsleistungen notwendig. Ebenso muss weiterhin daran gearbeitet werden, dass im Falle einer Warnung vor extremen Wettersituationen, hieraus auch die entsprechenden Schlüsse für die Anwohner und die Bevölkerung der betroffenen Regionen gezogen werden und diese möglichst frühzeitig und nachdrücklich vor dem Eintritt solcher Gefahren gewarnt werden. Hierfür ist ein weiterer länderübergreifender Ausbau und die Modernisierung der Warnmeldetechnik zwingend erforderlich. Die bestehenden Systeme wie z.B. die Apps „KATWarn“ oder „NINA“, aber auch Sirensignale, müssen ausgebaut und zum Teil wieder reaktiviert werden. Im Notfall muss mittels Cell Broadcast an alle Endgeräte, die sich in der Reichweite bestimmter Funkzellen befinden, zudem eine Nachricht gesendet werden können. Zudem muss der öffentliche Rundfunk, sowohl das Fernsehen als auch die Radiosender, frühzeitig vor Unwettergefahren warnen und im Falle des Schadenseintritts fortlaufend wichtige Informationen senden.

#### WIR FORDERN:

- 1. Sensibilisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins für Warnsituationen**
- 2. Bessere Abstimmung der bestehenden Systeme zwischen Bund, Land und Kommunen sowie Bereitstellung erforderlicher Finanzmittel für den weiteren Ausbau**
- 3. Bessere Koordinierung der ehrenamtlich Tätigen mit der hauptamtlichen Organisation**

#### **4. Cell Broadcast für Notfälle implementieren**

#### **5. Ausbau länderübergreifender Warninfrastruktur und Verpflichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Übernahme entsprechender Warnaufgaben**

### **IV. JEDEN EXTREMISMUS ERFOLGREICH BEKÄMPFEN**

Extremismus ist ein Thema von hoher sicherheits- und gesellschaftspolitischer Relevanz. Neben den gegenwärtigen Gefahren von Rechtsextremismus, stehen Linksextremismus, ebenso wie Extremismus aus religiöser Überzeugung im Fokus der Sicherheitsbehörden. Auch die Ablehnung demokratischer Institutionen und des Staates aus nicht offensichtlich extremistischen Strukturen wird zunehmend zu einem Problem. Was Links-, Rechts- und religiös motivierten Extremismus eint, ist zudem häufig Antisemitismus. Diesen verurteilen wir aufs Schärfste. Hierauf muss bei den genannten Maßnahmen ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Die wachsenden Strukturen und die stetig steigenden Radikalisierungsphänomene in allen extremistischen Strömungen sind eine besorgniserregende Entwicklung und gegenwärtige Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Es obliegt den Sicherheitsbehörden alle Phänomenbereiche des Extremismus zu analysieren und mit Präventions- sowie Repressionsmaßnahmen als starker Staat im rechtsstaatlichen Verfahren entgegenzuwirken. Hierzu benötigt man einen großzügigen Sachhaushalt, sowie personelle und materielle Zuwendungen für die Sicherheitsbehörden. Deshalb fordern wir nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorabwehr-Zentrums des Bundes und der Länder (GTAZ) einen Ausbau des länderübergreifenden Austausches der Sicherheitsbehörden, um eine noch bessere Kooperation untereinander zu ermöglichen und Informationen über Extremismus optimal zusammenzuführen, auszutauschen, zu vervollständigen und zu bündeln, damit Extremismus noch effektiver begegnet werden kann. Extremismus bedarf in der Gesamtheit sicherheitspolitischer Aufmerksamkeit, sodass den wachsenden Strukturen Einhalt geboten werden kann und Extremismus keine Möglichkeit der Entfaltung bekommt.

Ferner müssen die zum Teil beachtlichen Finanzströme von extremistischen Organisationen zur Finanzierung ihrer Strukturen und Aktivitäten ausgetrocknet werden. Da die nationalen und internationalen Finanzströme dieser Organisationen aber zum Teil nicht erkennbar im strafrechtlich relevanten Bereich und somit außerhalb des polizeilichen Fokusses ablaufen, müssen die Nachrichtendienste über ausreichend Möglichkeiten verfügen, um die

Transaktionen zur Terrorismusfinanzierung besser nachzuvollziehen. Neben der nachrichtendienstlichen Ermittlung müssen auch die FIU mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden, um die entsprechenden Finanzströme trocken zu legen. Zudem ist zu prüfen, ob die FIU, die derzeit beim Zoll angesiedelt ist, erneut beim BKA aufgehängt werden sollte.

**WIR FORDERN:**

- 1. Installation von Aussteiger- und Präventionsprogrammen an Brennpunkten**
- 2. Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes zur besseren Überwachung der Terrorismusfinanzierung**
- 3. Eine länderübergreifende Plattform der Sicherheitsbehörden für optimalen Informationsaustausch über Extremismus**